

Herausgeber:

Heinrich Bechtoldt  
Geschäftsführender Herausgeber  
Hans Apel  
Herbert von Borch  
Kurt Georg Kiesinger  
Alois Mertes  
Klaus Ritter  
Walter Scheel  
Helmut Schmidt  
Richard von Weizsäcker  
Gerhard Wettig

**Zeitschrift für  
internationale  
Fragen**

# AUSSEN POLITIK

Friedbert Pflüger

**US-Menschenrechtspolitik – von Carter zu Reagan**

Roman Kolkowicz

**Die politische Rolle des sowjetischen Militärs**

Boris Meissner

**Die DDR im sowjetischen Bündnissystem**

Werner Ungerer

**Europäische Perspektiven nach Fontainebleau**

Jürgen Nötzold

**Weltwirtschaft und Protektionismus**

Klaus Frhr. von der Ropp

**Afrikas Süden im Zeichen der Pax Pretoriana**

**Neue Literatur: Bücher und Zeitschriften**

35. Jahrgang

**4/84**

4. Quartal 1984 Verlagsort Hamburg DM 12,50

# AUSSEN POLITIK

Zeitschrift für internationale Fragen

---

Jg. 35

4. Quartal 1984

Friedbert Pflüger <b>US-Menschenrechtspolitik – von Carter zu Reagan</b>	335
Roman Kolkowicz <b>Die politische Rolle des sowjetischen Militärs</b>	357
Boris Meissner <b>Die DDR im sowjetischen Bündnissystem</b>	373
Werner Ungerer <b>Europäische Perspektiven nach Fontainebleau</b>	394
Jürgen Nötzold <b>Weltwirtschaft und Protektionismus</b>	409
Klaus Frhr. von der Ropp <b>Afrikas Süden im Zeichen der Pax Pretoriana</b>	419
<b>Neue Literatur: Bücher und Zeitschriften</b>	<b>434</b>

---

HERAUSGEBER: Heinrich Bechtoldt, Hans Apel, Herbert v. Borch, Kurt Georg Kiesinger, Alois Mertes, Klaus Ritter, Walter Scheel, Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker, Gerhard Wettig.

REDAKTION: Geschäftsführender Herausgeber Prof. Dr. Heinrich Bechtoldt, 7 Stuttgart-Hohenheim, Schloß, Telefon (07 11) 45 01 26 28.

Beiträge in dieser Zeitschrift geben jeweils die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck und Vervielfältigungen nur mit Genehmigung der Redaktion.

VERLAG: INTERPRESS Verlag GmbH, Holsteinischer Kamp 14, D-2000 Hamburg 76, Telefon: 0 40 - 2 29 06 09, Verleger: Karin Reinecke, Anzeigen: z. Z. ist Preisliste Nr. 13 gültig. Druck: Wullenwever-Druck Heine KG, Grapengießerstraße 30, D-2400 Lübeck 1.

---

BEZUGSPREISE: Jahresabonnement DM 50,—, Studenten DM 40,—, zuzügl. Versandkosten. Preis des Einzelheftes DM 12,50. Abbestellungen zum Ende des Berechnungszeitraumes mit einer Frist von sechs Wochen.

---

BEILAGENHINWEIS: Dieser Ausgabe ist ein Buchprospekt der Nomos-Verlagsgesellschaft Baden-Baden beigelegt.

## Afrikas Süden im Zeichen der Pax Pretoriana

*Für die südliche Subregion Afrikas ist das Wort von einer Pax Pretoriana geprägt worden. Der Regierung in Pretoria ist es in der Tat gelungen, mit denjenigen Nachbarn unter den Frontstaaten, mit deren Hilfe durch ANC und SWAPO der stärkste Druck von außen ausging, einen Waffenstillstand zu erreichen und dabei die Gegenseite in Vollzugszwang zu versetzen. Dr. Klaus Frhr. von der Ropp von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Bonn, zieht daraus folgende Schlüsse: Die westliche Politik mit der sogenannten Fünfer-Gruppe hat Namibia nicht in die Unabhängigkeit führen können und auch keine Veränderungen in der Republik Südafrika bewirkt. Aber auch die östliche Politik war nicht willens oder nicht fähig, über ihre Partner im Süden Afrikas verändernde Entscheidungen durchzusetzen. Der Verfasser folgert daraus, daß die weiße Minderheit in Südafrika ein neues Selbstbewußtsein erworben hat, das ihre Existenzangst vermindert. Die direkten Kontakte mit der SWAPO in Lusaka haben zwar noch zu keinem konkreten Ergebnis geführt. Aber die SWAPO vertrat dort nicht mehr allein die Bevölkerung Namibias. Die weitere Entwicklung steht im Zusammenhang mit der Lage in Angola, sowohl mit der Anwesenheit der Kubaner als auch mit der Stärkung der UNITA. Man kann sich für Lösungen nur breite Koalitionen mit entsprechenden Sicherheiten sowohl in Namibia als auch in Angola vorstellen. Zumal die Entwicklung in Zimbabwe nicht geeignet ist, sich auf die einstigen Erwartungen mit dem Regime Mugabe zu verlassen. Die persönlichen Rivalitäten, die alten Stammesfehden und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit der Abwanderung so vieler Weißen haben zu einem neuerlichen Bürgerkrieg geführt, und Mugabe sieht in einer, dann radikalisierten Einheitspartei die Sicherung seiner Zukunft. Pretoria hat den Dialog mit den Nachbarstaaten gesucht und daraus das gemacht, was man eben die Pax Pretoriana nennt. Es hat bis jetzt nicht auch den Dialog mit der schwarzen Bevölkerung seiner Republik gesucht. Bis zu einem Frieden oder Friedensordnung unter Beteiligung aller ist also noch ein weiter Weg.*

### I. Vorbemerkungen

Wer heute durch die Staaten des südlichen Afrikas reist, wird erkennen, daß 1984 nur noch eine Macht die Geschicke der Subregion gestaltet: die Republik Südafrika, präziser die Regierung der nur knapp fünf Millionen weißen Afrikaner. Es herrscht also jene Regierung souverän, der noch vor wenigen Jahren in einer allerdings schon damals grotesk anmutenden Unterschätzung der Kräfte der Beharrung kaum noch ein ausländischer Beobachter eine Chance der Selbstbehauptung einräumte<sup>1</sup>. Derzeit erscheint die Herrschaft Pretorias gefestigter als je

1. In dieser Zeitschrift wurde häufig vor solchen Fehlurteilen gewarnt, s. etwa „Frieden oder Krieg im südlichen Afrika?“ in „Außenpolitik“ 1977, Heft 4, S. 437–454; „Afrikas Süden zwischen Neuordnung und Chaos“ in „Außenpolitik“ 1979, Heft 2, S. 221–237.

zuvor, seit Anfang der 60er Jahre mit dem Ausbruch des Kolonialkrieges in Angola die Woge der Entkolonialisierung auch das südliche Afrika erreichte.

Das weiße Südafrika hat im zurückliegenden Jahrzehnt, jedenfalls fürs erste, außer vielen seiner militanten (schwarzen) Gegner im Inland auch jene Anrainerstaaten niedergedrückt, die zuvor den Befreiungsbewegungen SWAPO, ANC und, weniger wichtig, PAC Aufmarsch- und Rückzugsräume eingeräumt hatten. Die Folgen des angolanisch-südafrikanischen Truppenentflechtungsabkommens (im Februar 1984 in Lusaka/Sambia unterzeichnet) sowie die Nichtangriffspakte Pretorias mit Mozambique (im März 1984 in dem Grenzort Nkomati unterzeichnet) und Swasiland (1982) sind aber noch weitergehend. Denn seit Unterzeichnung des Vertrages von Lusaka sind mehrere Vorfälle bekannt geworden, bei denen angolansische und südafrikanische Angehörige der mit der Überwachung der Truppenentflechtung beauftragten *Joint Monitoring Commission* gemeinsam im Süden Angolas operierende SWAPO-Guerilleros bekämpften. Und auch aus Mozambique und Swasiland wurden Meldungen bekannt, nach denen einheimische Militärs gemeinsam mit Südafrikanern ANC-Angehörige verfolgten, die bislang dort als Freiheitskämpfer vielfältige Unterstützung genossen hatten. Auch ist erwähnenswert, daß inzwischen Angehörige einer südafrikanisch-mozambiquanischen *Joint Monitoring Commission* die Stromleitungen von Cabora Bassa nach Transvaal, soweit sie über das Gebiet Mozambiques führen, gemeinsam gegen Sabotageakte schützen.

Die zwischen den Befreiungsbewegungen und ihren bisherigen Gastländern aufgebrochene Kluft ist um so tiefer, als die Regierungen Angolas, Mozambiques und Swasilands die SWAPO, ANC und PAC, wie übrigens auch die OAU, vor Abschluß der Verträge nicht über ihre Vorhaben informierten. Die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Notlage der beiden portugiesischsprachigen Staaten war so groß, daß sie sich durch niemanden von dem in ihren Augen unbedingt notwendigen Friedensschluß mit der überall in Afrika als „Faschisten- und Rassistenbande“ gebrandmarkten Regierung in Pretoria abhalten lassen wollten. Die Zeitschrift „jeune Afrique“ gab mit ihrem Kommentar zu dem Abschluß des Vertrages mit Mozambique gewiß die Empfindungen nicht nur der meisten afrikanischen Regierungen wieder, wenn sie schrieb<sup>2</sup>: „*De tous les spectacles désolants que l’Afrique a offerts depuis les premières indépendances, qu’il s’agisse des guerres fratricides, des répressions sanglantes ou de la famine, aucun n’a été aussi humiliant que celui dont Maputo vient d’être le théâtre*“.

Der Triumph Pretorias über seine so zahlreichen Gegner im In- und Ausland wurde in der Folgezeit durch die Reise unterstrichen, die Premierminister P. W. Botha und seine hochrangige Begleitung Mitte 1984 durch neun Staaten Westeuropas unternahmen. In den meisten der besuchten Hauptstädte stießen die weißen Afrikaner auf harte Kritik an ihrer Politik der Apartheid, besonders an der in jüngerer Zeit intensiv diskutierten brutalen Abschiebung („*relocation*“) vieler Hunderttausend „unproduktiver“ oder „nicht mehr produktiver“ Schwar-

<sup>2</sup> „jeune Afrique“ (Paris) vom 7. März 1984, S. 22–29 (22) „L’Afrique Humiliée“; s. weiter „Pretoria’s Way to a tighter Grip“ in „Moto“ (Harare) April 1984, S. 3–5.

zer in die ohnehin nicht lebensfähigen Reservate („*Black National States*“). Auch wurde ihnen immer wieder bedeutet, daß man im Westen nicht bereit sei, ihre die elementarsten Menschenrechte mit Füßen tretende Politik zu akzeptieren. Diese Kritik, wie auch die allerdings eher lächerlich wirkende protokollarische Herabstufung der Besucher in etlichen Gastländern, war jedoch im Vergleich zu dem Umstand, daß erstmals seit vielen Jahren hohe Offizielle Südafrikas in aller Öffentlichkeit in westlichen Schlüsseländern auftreten konnten, unwesentlich.

## II. Das Versagen des Westens und des Ostens – die Stärke des Afrikanerdoms

Eine ebenso häufig geäußerte wie unzutreffende These ist, daß erst die Politik des „*constructive engagement*“ des seit 1981 amtierenden Assistant Secretary of State for African Affairs Chester Crocker Pretoria sein jetzt in Afrika und Europa wieder sichtbar gewordenen früheres Selbstvertrauen habe zurückgewinnen lassen. Die Wurzeln dieser beklagenswerten Entwicklung sind ganz andere. Zum einen liegen sie im Versagen der westlichen SWA/Namibia-Kontaktgruppe bei ihrem Jahre währenden Versuch, zunächst Südafrika zum Rückzug aus SWA/Namibia und anschließend zur Aufgabe seiner Politik der Apartheid in Südafrika selbst zu veranlassen. Zum anderen spielt hier die Unfähigkeit der UdSSR, Kubas und der DDR eine Rolle, Angola und Mozambique gegen Südafrika die erforderliche sicherheits-, wirtschafts- und entwicklungspolitische Unterstützung zu gewähren. Pretoria hat sich also mit seinen Vorstellungen von der Zukunft der Subregion gegen viele mächtige Staaten, darunter die beiden Supermächte, weitgehend durchgesetzt. Fürwahr ein phänomenaler Erfolg!

Die westlichen „Fünf“ (USA, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Kanada) nahmen ihre SWA/Namibia-Initiative im März 1977 zu einem Zeitpunkt auf, als Pretoria bereits seit etwa neun Monaten ohne durchschlagenden Erfolg bemüht war, die in Soweto und dann in vielen anderen Teilen des Landes ausgebrochenen Aufstände des schwarzen Südafrikas („*Children's Crusade*“) niederzuschlagen. Nur vor diesem Hintergrund erscheint verständlich, daß die Fünf seinerzeit nicht nur in der SWA/Namibia-Frage ihrer Sache sehr sicher, und von daher sehr siegesgewiß, waren. Sie machten den verhängnisvollen Fehler, die in der Geschichte vielfach erprobte Widerstandskraft des weißen Südafrikas, insbesondere seines afrikaans Kerns, gering zu veranschlagen. Andernfalls hätten die Regierungen in Washington, Bonn und Ottawa (London und Paris mit ihrer immensen Erfahrung in Afrika machten sich diese These nie zu eigen!) nicht lautstark von Pretoria gefordert, nicht nur die Probleme der europäisch-weißafrikanischen Siedlerkolonie SWA/Namibia, sondern auch jene des Mehrvölkerstaates Südafrika durch ein System des „*One-man-one-vote* – in

3 S. dazu „Relocations/The Churches' report on forced removals in South Africa“, veröffentlicht durch The South Africa Council of Churches and The Southern African Catholic Bishops' Conference. Weiter „Report on the Delegation Representing the South African Council of Churches and the Southern African Catholic Bishops' Conference Reporting on Relocations in South Africa – 16th March to 1st April, 1984, Johannesburg, 1984 (hektographiertes Manuskript). – S. zu alledem das Interview mit Moderator a. D. Christian Frederik Beyers Naudé: „Die Pflichten des Christen . . . Christ sein heißt Revolutionär sein“, in „Die Zeit“ vom 8. Juni 1984.

einem Staat“ zu lösen<sup>4</sup>. Durch solche westlichen Postulate, mit denen man sich die Vorstellungen von UN, OAU und den Befreiungsbewegungen zu eigen machte, wurde nämlich zweierlei bewirkt: Die SWA/Namibia-Initiative wurde mit der Hypothek Südafrika belastet; mehr als an allen anderen Faktoren scheiterte sie daran<sup>5</sup>. Pretoria sah nämlich jetzt in einer evtl. Aufgabe SWAs/Namibias keinen Vorteil mehr. Im Gegenteil, so die berechtigte Sorge der südafrikanischen Regierung, der Rückzug aus SWA/Namibia zugunsten SWAPOs hätte jene zahlreichen in- und ausländischen Stimmen bestärkt, die auch für Südafrika einem System des *One-man-one-vote* das Wort reden.

Damals konzentrierten sich in Südafrika selbst auch solche Weißafrikaner, die sonst für ihr Land einer Revolution von oben das Wort redeten, statt auf Überlegungen, wie der fundamentale Wandel herbeizuführen sei, auf das Nachdenken darüber, wie bereits bekannte Techniken der Bekämpfung von Guerilleros weiter zu verbessern seien. Die beteiligten Amerikaner, Deutschen und Kanadier erkannten einfach nicht, daß, wie Helmut Gollwitzer dies kürzlich formuliert hat<sup>6</sup>, die Befreiung der weißen Minderheit in Südafrika von ihrer (Existenz-) Angst ein psychologisch zentrales Problem ist. Statt zumindest zu versuchen, ihr eine gesicherte Perspektive für die eigene Zukunft und die ihrer Kinder aufzuzeigen, forderte man sie auf, sich der übergroßen schwarzen Mehrheit unterzuordnen und sich damit selbst aufzugeben. Dazu aber war das weiße Südafrika ökonomisch und militärisch zu mächtig.

Daß vor allem die Bonner Politik hier nicht, wie u. a. von Egon Bahr gefordert, sensibler argumentierte, verwundert um so mehr, als es in jener Zeit in der Bundesrepublik Deutschland – nur dort! – eine sehr differenzierte Diskussion über die Frage gab, wie ein auf dem Verhandlungsweg zu erzielender innersüdafrikanischer Ausgleich in der Praxis aussehen könne<sup>7</sup>. Hier hätte eine konstruktive Politik, die sich die in den Jahren 1976 bis 1978 sichtbar gewordenen Schwächen des weißen Südafrikas zunutze gemacht hätte, vielleicht vieles zum Positiven hin beeinflussen können.

### III. Einige Aspekte der heutigen Politik der USA

Washington ist seit Januar 1981 nicht ohne Erfolg bemüht, zwischen den USA und Südafrika jenes Minimum an Vertrauen wieder herzustellen, ohne daß Veränderungen hin zum Positiven weder für SWA/Namibia noch für die Situation innerhalb Südafrikas jemals auszuhandeln sein werden. So entspricht die

4 Einzelheiten bei Klaus Frhr. von der Ropp: „Chancen eines Neubeginns im südlichen Afrika“, S. 287–307, in „Die Internationale Politik 1981/82“, Jahrbuch der DGAP, Bonn, 1984.

5 Dazu Klaus Frhr. von der Ropp „Südafrika und Namibia: Das Scheitern der Friedensinitiativen“, S. 338–357 in „Die Internationale Politik 1979/80“, Bonn, Jahrbuch der DGAP, 1983 und die unter 4 genannte Arbeit.

6 „Jesus ist heute kein Weißer/Gespräch mit dem Theologen Helmut Gollwitzer über das Widerstandsrecht der Kirchen“, in „Die Zeit“ vom 1. Juni 1984.

7 Dazu Deon Geldenhuys „The West German Debate on South Africa's Political Alternatives“, SWP-M 2390, Ebenhausen bei München, 1984, S. weiter die zahlreichen Beiträge deutscher Wissenschaftler in: The Royal Institute of International Affairs (London): „A Survey of Proposals for the Constitutional Development of South Africa“, London, 1981. Wolfgang H. Thomas „Südafrika zwischen Teilung und Integration“, in „Außenpolitik“ 1979, Heft 3, S. 301–322. Theodor Hanf, Heribert Weiland, Gerda Vierdag (unter Mitarbeit von Lawrence Schlemmer u. a.): „Südafrika: Friedlicher Wandel ...“, 1978. – Egon Bahrs Überlegungen sind in einem Interview nachzulesen, s. „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“ (Hamburg) vom 10. Juli 1977, S. 8.

Einführung des „*Cuban linkage*“ in die Bemühungen um die Lösung des SWA/Namibia-Problems nicht nur amerikanischen innenpolitischen Bedürfnissen, sondern auch dem Bestreben der USA, das Vertrauen Pretorias zurückzugewinnen. Wer, wie wohl alle Partnerstaaten der USA in der westlichen SWA/Namibia-Kontaktgruppe, die OAU, die meisten schwarzafrikanischen Regierungen und natürlich auch SWAPO diesen Ansatz Washingtons für falsch hält, der sollte auch um die Beantwortung der Frage bemüht sein, mit welchen anderen Mitteln er die Resolution 435 des UN-Sicherheitsrates zur Entlassung SWAs/Namibias in die Unabhängigkeit realisieren will. Die Antwort des früheren UN-Botschafters Andrew Young, der offenbar einen starken Einfluß auf die Formulierung der harten dem südlichen Afrika gewidmeten Passagen der Wahlkampfplattform der (amerikanischen) Demokratischen Partei nahm, vermag als „*déjà vu*“ niemanden mehr zu überzeugen. Young schlug vor, Südafrika dadurch in die Knie zu zwingen, daß der Westen Pretoria für den Fall der Verweigerung der Mitarbeit mit der Einstellung des Zivilflugverkehrs bedrohe. Solche und ähnliche Drohungen verfangen schon bei früheren Gelegenheiten nicht. Denn aus Sorge vor südafrikanischen Gegensanktionen im Bereich der Rohstoffzufuhr (vor allem bei Kobalt, Chrom, Mangan, Vanadium und bestimmten Asbestsorten) werden die westlichen Staaten, allen voran Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland, selbst selektive Sanktionen gegen Pretoria nicht verhängen. Das ist in Südafrika spätestens seit Oktober 1978, dem Zeitpunkt der SWA/Namibia-Konferenz von Pretoria, nur zu gut bekannt.

Mitte Februar 1984 stellte US-Außenminister George Shultz in Boston die politischen Ziele seiner Administration im südlichen Afrika wie folgt dar: „*a) to build an overall framework for regional security; b) to bring about an independent Namibia; c) to encourage positive change in the Apartheid policy of South Africa itself*“<sup>8</sup>. Ausdrücklich erkannte Shultz an, Apartheid sei „*a source of tension and instability in the whole region*“. Anders als frühere US-Administrationen äußerte er jedoch im übrigen, daß die USA eine Lösung für die Probleme Südafrikas nicht bereithielten; sie zu finden, sei Aufgabe der Südafrikaner selbst. Ch. Crocker eigene Überlegungen<sup>9</sup> zu einem innersüdafrikanischen Ausgleich sind naturgemäß auch den Südafrikanern in allen Einzelheiten bekannt. Ob Crocker aber die Kraft hat, das weiße Südafrika hier zu Verhandlungen mit den legitimen Vertretern des schwarzen Südafrikas zu bewegen, läßt sich heute kaum beurteilen. Pretoria ist auch Crocker ein außerordentlich harter Gesprächspartner!

Bislang waren die USA unter Ronald Reagan in einer Region der unerklärten Kriege vor allem darum bemüht, einen Zustand des Nicht-Krieges zu schaffen. In ihrer Politik bedienen sie sich dabei nach wie vor der immensen Sachkunde Großbritanniens. Aber es waren außer amerikanischen Vertretern vor allem Offizielle Portugals, der westafrikanischen Republik Kap Verde und Sambias,

<sup>8</sup> „Wireless Bulletin from Washington“ vom 16. Februar 1984, S. 8–10.

<sup>9</sup> Vgl. vor allem Chester Crocker: „South Africa – Strategy for Change“, in „Foreign Affairs“ (New York), 1980–81. No. 2, S. 323–351; ders. „A U.S. Policy for the 80s“, hrsg. vom South African Institute of International Affairs, Braamfontein, 1981.

die sich um das Zustandekommen der Verträge von Lusaka und Nkomati sowie der jüngsten SWA/Namibia-Konferenz (im Mai 1984 in Lusaka) verdient machten.

#### IV. Der Fortgang des Ringens um SWA/Namibia

Seit Ende der 70er Jahre tragen die südafrikanischen Streitkräfte (SADF) und die *People's Liberation Army of Namibia* (PLAN) der SWAPO den Krieg um die Zukunft SWAs/Namibias mit stetig wachsender Brutalität aus. Dabei ist es den SADF gelungen, das Kampfgeschehen weitgehend in den Süden Angolas zu verlagern. Im Dezember 1983 starteten von Artillerie und Luftwaffe unterstützte mobilisierte Infanteriekolonnen den seit Jahren schwersten Angriff („*Operation Askari*“) gegen SWAPO und ihre Verbündeten in Angola. Zur gleichen Zeit fiel auf, daß die inzwischen große Teile Angolas kontrollierende und in anderen Regionen des Landes den Streitkräften Luandas einen Guerillakrieg liefernde angolansische Befreiungsbewegung UNITA immer selbstbewußter auftrat<sup>10</sup>.

Der *Operation Askari* ging ein Meinungsaustausch zwischen Südafrika und der UdSSR voraus. Dies ist um so bemerkenswerter, als beide Staaten seit Jahrzehnten keine diplomatischen Beziehungen mehr zueinander unterhalten und sich, außer im Bereich der Wirtschaft, bei jeder sich bietenden Gelegenheit hart attackieren. Es heißt, daß die sowjetische Regierung die Regierung Pretoria davor gewarnt habe, die ihr verbündete Regierung Angolas zu stürzen. Das alles hinderte Pretoria jedoch nicht, die *Operation Askari* zu unternehmen. Dabei stießen die SADF in Angola dann allerdings auf härteren Widerstand als bei früheren vergleichbaren Aktionen. Das mag dazu beigetragen haben, daß das bevölkerungsarme und seit 1977 mit einem mandatorischen Waffenembargo lebende, und von daher auf Verluste an Menschen und Material sehr sensibel reagierende, weiße Südafrika jetzt bereit war, mit Angola ein Truppenentflechtungsabkommen auszuhandeln. Bei früheren Verhandlungsrunden (Dezember 1982 auf den Kap Verden) sollen sich die südafrikanischen Militärs geweigert haben, einem solchen Vertrag zuzustimmen. Jedoch waren trotz der relativen militärischen Erfolge auch die Positionen Angolas und SWAPOs geschwächt worden. Dazu soll beigetragen haben, daß die UdSSR sich weigerte, ihnen alles in ihren Augen erforderliche Kriegsgerät zu liefern.

Angola, genau wie Mozambique, mußte erkennen, daß die UdSSR und ihre Verbündeten, die im letzten Jahrzehnt schon im Bereich der wirtschafts- und entwicklungspolitischen Kooperation weitgehend versagt hatten, auch in der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit nicht die Partner waren, die Luanda benötigte. Wie zuvor die Westmächte, so machten jetzt auch die östlichen Staaten deutlich, daß sie nicht willens oder nicht in der Lage waren, das weiße Südafrika in seine Schranken zu verweisen. Vor diesem Hintergrund wird Südafrika die Verurteilung seiner Politik durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im

<sup>10</sup> Dazu vor allem „Namibia: Joker in the Pack“, in „Africa Confidential“ vom 6. Juni 1984, S. 4–7. Zur Lage in Angola s. jüngst Jürgen Brummel: „Angola/Entwicklungsmöglichkeiten und Handlungsspielraum im Konfliktfeld des südlichen Afrika“, Bonn, 1984.

Dezember 1983 und dann nochmals im Januar 1984 kaum als sonderlich schmerzhaft empfunden haben.

In dem Vertrag von Lusaka verpflichtet sich Pretoria, seine im Süden Angolas stationierten, übrigens nie sonderlich zahlreichen Truppen nach SWA/Namibia zurückzuziehen. Die Regierung in Luanda sichert zu, daß nicht Truppen SWAPOs oder Kubas in die von den Südafrikanern aufgegebenen Stellungen nachrücken werden. Vereinzelt noch im Süden Angolas operierende SWAPO-Guerilleros wurden, wie bereits erwähnt, von Angolanern und Südafrikanern gemeinsam ausgeschaltet. Diese Vorkommnisse werden von SWAPO bestritten, es wurde jedoch bekannt, daß sie im Hauptquartier der Befreiungsbewegung in Luanda Bestürzung auslösten. Faktisch wurde so ein Waffenstillstand zwischen SADF und PLAN erzielt. Unbekannt blieb, ob auch UNITA von dem Rückzug Südafrikas aus Angola profitiert hat. Das erscheint möglich, da Südafrika sich nie verpflichtete, die Zusammenarbeit mit UNITA einzustellen.

Es kann davon ausgegangen werden, daß der Guerillakrieg im Norden SWAs/Namibias zum Erliegen kommen wird, wenn Luanda, der Not gehorchend, bewaffnete Kämpfer der SWAPO die Grenze Angolas mit SWA/Namibia nicht mehr passieren läßt. Damit ist eine wichtige Voraussetzung für die Implementierung von Resolution 435 oder ein neu auszuhandelndes Verfahren zur Entlassung SWAs/Namibias in die Unabhängigkeit erreicht.

## 1. Zur Lage in SWA/Namibia

In den zurückliegenden Jahren haben die Südafrikaner erkennen müssen, daß alle ihre Bemühungen, mit SWAPO konkurrierende, starke Parteien in SWA/Namibia aufzubauen, vergeblich waren. Trotz ihrer derzeitigen militärischen Niederlage ist SWAPO nach wie vor die einzige wirklich nennenswerte politische Kraft unter den Schwarzafrikanern SWAs/Namibias. Pretoria ist nun heute bemüht, SWAPO auch politisch zu zerschlagen. Solche Anstrengungen basieren auf der Annahme, daß es der bewaffnete Befreiungskampf, nicht aber ein detailliertes politisches Programm ist, die die in den Augen Pretorias amorphe SWAPO bislang zusammenhält. In diesem Zusammenhang ist die vorzeitige Freilassung des fast zwei Jahrzehnte unter den harten Bedingungen Robben Islands inhaftierten, charismatischen SWAPO-Mitbegründers A. Toivo Ja Toivo zu sehen. Die Hoffnung Südafrikas mag sein, so zur Schwächung Sam Nujomas an der Spitze SWAPOs beizutragen. Es hat den Anschein, als werde sich Pretoria jetzt stärker auf den Versuch einer Spaltung SWAPOs als auf Bemühungen zur Stärkung der schwächlichen *Multi Party Conference* (MPC) konzentrieren. Zur MPC schlossen sich 1983 die unbedeutenden Gruppierungen SWAPO-D und DTA, die relevanten Parteien SWANU und Damara Council, Gruppen der Coloureds sowie die der südafrikanischen Regierungspartei Nasionale Party verwandte und daher sehr starke Nasionale Party van Suidwes-Afrika zusammen.

Schon vor der SWA/Namibia-Konferenz in Lusaka im Mai 1984 wurden die Schwächen dieses heterogenen Bündnisses offenbar: der Damara Council und

führende Mitglieder der SWANU verließen die MPC und schlossen sich SWAPO an. Die Vorstellungen Pretorias<sup>11</sup> gehen dahin, den – wie das weiße Südafrika und das weiße SWA/Namibia hoffen – jetzt entstehenden kooperationsbereiten Flügel SWAPOs mit der MPC zu einem Bündnis der nationalen Versöhnung zusammenzuschließen. Dabei, so die Erwartungen Pretorias, sollten die kriegsmüden Staaten Sambia und Angola behilflich sein. Sollten Lusaka und Luanda diese Aufgaben übernehmen, so würden sie nicht zum ersten Mal SWAPO zwingen, Zugeständnisse an Südafrika zu machen. Es bleibt abzuwarten, ob diese Rechnung Pretorias aufgehen wird. Bislang hat sie es nicht getan.

Wahrscheinlich ist Pretoria heute willens, einem solchen Bündnis politischer Kräfte in Namibia die Regierungsverantwortung in Windhoek zu übertragen. Dagegen ist man in Pretoria nach wie vor nicht bereit, die nach Resolution 435 vorgesehenen Wahlen, die unter der Aufsicht der UN stattfinden sollen, abzuhalten. Denn allgemeine Wahlen würden bis auf weiteres SWAPO einen Erdrutsch-Sieg bringen. Ein Sieg der militanten und radikalen Kräfte in Windhoek würde jedoch den Bestand der Regierung P. W. Botha in Gefahr bringen. Noch mehr weiße Afrikaner beider Sprachgruppen würden sich von P. W. Botha („sell out“) ab- und den extremistischen Parteien Konserwatieve Party und Herstigte Nasionale Party zuwenden. Das schwarze Südafrika könnte sich dann gegen die nach Abschluß des Vertrages von Nkomati aufgekommene Resignation aufbäumen. Es könnte zu einem neuen „Soweto“, einem lang anhaltenden Ausbruch diffuser Gewalt kommen. Der Absetzung der allgemeinen Wahlen in SWA/Namibia steht entgegen, daß SWAPO, die USA und ihre Partner aus der ca. 1981 zerbrochenen Kontaktgruppe, die UN und die OAU wie auch alle Frontstaaten an den durch Resolution 435 des Sicherheitsrates vorgeschriebenen allgemeinen Wahlen festhalten. Sollten aber Sambia, Angola und Mozambique von diesem Kurs abweichen, so würden gewiß auch andere Mächte bereit sein, den neuen Kurs zu stützen. Vielleicht wird es in diesem Kontext auch eine Antwort auf die Problematik des *Cuban linkage* geben.

In einer Rede vor dem Kapstädter Parlament wies P. W. Botha im Februar 1984 darauf hin, daß Südafrika pro Jahr etwa eine Milliarde Rand für seine gegenwärtige Politik in SWA/Namibia aufwende und nicht bereit sei, dies unbegrenzt auch in Zukunft zu tun. Diese Äußerung wurde dahingehend interpretiert, daß die finanzielle Last seines Engagements Pretoria veranlaßt habe, seine SWA/Namibia-Politik zu überdenken und es einen Machtwechsel in Windhoek hinnehmen werde. Hintergrund solcher Vermutungen ist, daß Südafrika zum einen nach wie vor mit einer sehr schwierigen Wirtschaftskrise zu kämpfen hat und zum anderen seine Politik der Apartheid, d. i. vor allem die Errichtung und Finanzierung der ebenso ineffizienten wie teuren Verwaltungen der Reservate, außerordentlich kostspielig ist.

<sup>11</sup> Dazu Michael Spicer: „The Lusaka Talks and Prospects for Namibian Independence“, Background Briefing No. 17 by the SAIIA, Braamfontein, 1984.

SWA/Namibia ist seit eh und je von der bestehenden wirtschaftlichen Infrastruktur wie auch vom ökonomischen Potential her ein sehr armes und nur sehr begrenzt entwicklungsfähiges Land („Land zwischen zwei Wüsten“; „Raum ohne Volk“)<sup>12</sup>. SWA/Namibia gehört zu den höchstverschuldeten Ländern Afrikas. Die periodisch wiederkehrenden, langjährigen Dürren werfen manches unlösbare Problem auf. Die inzwischen ein Jahrzehnt währende politische Ungewißheit hat neue Investitionen verhindert und sehr viel Kapital nach Südafrika abfließen lassen. Das Bildungsniveau unter den schwarzen und braunen Namibianern ist katastrophal. Alle diese Faktoren lassen die Sorge aufkommen, daß SWA/Namibia schon am Tag der Entlassung in die Unabhängigkeit in eine tiefe Krise stürzen wird. Die Folge wäre u. a., daß die moderne Farmwirtschaft zusammenbrechen würde. Aufgrund des labilen ökologischen Gleichgewichts wären Zerstörungen von der Art, wie sie 1975/76 in Mozambique und Angola und 1983/84 zunehmend auch in Simbabwe vorkamen, in SWA/Namibia kaum zu beheben. M. a. W., falsche Politik einer neuen Windhoek Regierung würde dazu führen, daß SWA/Namibia sehr schnell seinen Platz im letzten Drittel der langen Liste der afrikanischen LLDCs fände.

## 2. Angola und der SWA/Namibia-Konflikt

Denkbar ist, daß Washington seine Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Geschehnisse im südlichen Afrika überschätzte, als es die Entlassung SWAs/Namibias gemäß Resolution 435 vom Abzug der kubanischen Besatzungsmacht aus Angola abhängig machte („*Cuban linkage*“). Auf der anderen Seite ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Fünf vor Januar 1981 über zwei Jahre lang trotz großer Anstrengungen keinen Erfolg dabei hatten, Resolution 435 gegen den Widerstand Südafrikas in die Tat umzusetzen. Es bedurfte hier also sicher eines neuen Ansatzes.

Die Planung Chester Crockers könnte hier etwa folgendermaßen aussehen: Auf Bitten der Regierung in Luanda zieht Kuba ein größeres Kontingent seiner Truppen aus Angola ab. Die USA und Angola erkennen einander diplomatisch an. Washington verpflichtet sich gegenüber Luanda zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. MPLA und UNITA einigen sich über eine Beteiligung UNITAs an der Regierung in Luanda. Dann wird Resolution 435 in SWA/Namibia durchgeführt und die kubanische Präsenz in Angola weiter verringert. Nach der angolanisch-kubanischen Gipfelkonferenz von März 1984 in Havanna wurde bekannt, Kuba werde seine Truppen erst abziehen, wenn sich zuvor Südafrika aus Angola und SWA/Namibia zurückgezogen und Namibia die „wahre“ Unabhängigkeit gewährt habe sowie schließlich Südafrika und die USA, nebst ihren Verbündeten, alle Aggressionen gegen Angola und die Unterstützung für die Konterrevolutionäre (d. i. UNITA) eingestellt hätten.

12 Detailliert dazu Wolfgang Schneider-Barthold „Namibia“, S. 466–485 in Dieter Nohlen und Franz Nuscheler (Hrsg.): „Handbuch der Dritten Welt“, Bd. 5, Hamburg, 1982. Wolfgang H. Thomas „Economic Development in Namibia . . .“, 1978.

Ein Ausweg wird sich hier wohl erst dann auftun, wenn sich der verhandlungsbereite, schwarz-nationalistische Flügel der Regierung in Luanda (die sogenannte Catete-Fraktion) gegen deren marxistischen Flügel durchgesetzt und erfolgreich mit UNITA über die Bildung einer Koalitionsregierung verhandelt hat. Falsch wäre, auf einen militärischen Sieg UNITAs über die MPLA zu setzen. UNITA, die übrigens nie ein Ziehkind Pretorias, sondern immer eine authentische angolansische Befreiungsbewegung gewesen ist, ist heute ohne Zweifel stärker und daher für die MPLA gefährlicher denn je zuvor. Aber es ist nicht vorstellbar, daß die UdSSR bereit ist, in Angola und damit auch im übrigen schwarzen Afrika und den anderen Teilen der Dritten Welt einen so schwerwiegenden Gesichtsverlust hinzunehmen.

### 3. Die SWA/Namibia-Konferenz von Lusaka

Von dem sambischen Staatspräsidenten Kenneth D. Kaunda ist bekannt, daß er zum Mißfallen vieler seiner afrikanischen Kollegen in früheren Jahren (1975 und 1982) mindestens zweimal mit einem südafrikanischen Regierungschef zusammentraf und mit ihm die Konflikte im südlichen Afrika diskutierte. So wird verständlich, daß es in den zurückliegenden Monaten eine Fülle von politischen Kontakten zwischen Sambia und Südafrika gab. Sie führten schließlich im Mai 1984 in Lusaka zu der jüngsten SWA/Namibia-Konferenz, die unter dem gemeinsamen Vorsitz von K. Kaunda und W. van Niekerk, des südafrikanischen Generaladministrators für SWA/Namibia, stattfand.

Erstmals nahm an dieser Konferenz außer einer Delegation der SWAPO eine eigenständige Delegation der „internen“ Parteien (MPC) SWAs/Namibias teil. Bei früheren Gelegenheiten waren diese Parteien, wenn überhaupt, nur als Mitglieder der Delegation Südafrikas zugelassen worden. Die OAU, die Vollversammlung der Vereinten Nationen und, politisch wichtiger, faktisch auch die Westmächte erkannten ja über lange Zeit der SWAPO das Recht zu, einzige Vertreterin der Bevölkerung SWAs/Namibias zu sein.

Ziel der Konferenz von Lusaka war, Einvernehmen zwischen SWAPO und MPC über das weitere Procedere bei der Entlassung SWAs/Namibias in die Unabhängigkeit zu erzielen. Das gelang nicht. Denn SWAPO und Teile der MPC plädierten dafür, unverzüglich nach Erfüllung des angolanisch-südafrikanischen Truppenentflechtungsabkommens die Resolution 435 durchzuführen. Die Pretoria besonders nahestehenden Kreise in der MPC widersetzten sich diesem Vorhaben. Ihre Strategie ist, wie geschildert, eine andere<sup>13</sup>. Die starke Verunsicherung, die SWAPO später auch in Luanda und Addis Abeba an den Tag legte, ist ein Indiz für die Erfolgchancen dieser neuen Strategie.

Jede Regierung, die die SWA/Namibia in die Unabhängigkeit führt, wird schließlich einen Vertrag des Inhalts mit Pretoria abschließen müssen, wie ihn Mozambique Mitte März 1984 in Nkomati zu unterzeichnen hatte („*Agreement on Non-Aggression and Good Neighbourliness*“).

13 S. die unter 11 angeführte Studie.

## V. Mozambique als Vasall Südafrikas?

Seit ihrer Entlassung in die Unabhängigkeit (1975) stand die Volksrepublik Mozambique in der vordersten Front jener afrikanischen Staaten, die größte materielle Opfer brachten, um den Sturz der weißen Minderheitsregierungen in Pretoria, Windhoek und, bis Ende 1979, in Salisbury/Harare unter Einsatz aller Mittel zu fördern. Mit dem benachbarten Malawi, dem bislang einzigen afrikanischen Staat, der zu Pretoria diplomatische Beziehungen aufnahm, hatte die Regierung in Maputo politisch nichts gemein.

Mozambique gewährte Robert G. Mugabes *Zimbabwe African National Union* und deren *Zimbabwe African National Liberation Army* entscheidende Unterstützung bei deren militärischem und politischen Kampf gegen die Regierungen der seinerzeitigen rhodesischen Regierungschefs Ian Smith und Abel Muzorewa. Im Gegenzug rekrutierte die Regierung Rhodesiens aus den Kreisen abgehalfterter mozambiquanischer Kollaborateure Portugals<sup>14</sup>, darunter tausende von kampfproben Elitesoldaten, und von den Früchten der Revolution enttäuschter FRELIMO-Aktivistinnen die „prowestliche, antimarxistische“ Widerstandsbeziehung *Resistência Nacional Moçambicana* (RNM oder heute üblicher: RENAMO). Bekanntlich war die Volksrepublik über vier Jahre Schauplatz der Woche für Woche von den Streitkräften Ian Smith nach Mozambique getragenen militärischen Gegenschläge. Hier wurde unendlich vieles zerstört. Die RENAMO leistete dabei den Streitkräften Salisburys insbesondere im Bereich „intelligence“ ganz unersetzliche Hilfsdienste.

Vor der Entlassung Simbabwes in die Unabhängigkeit im April 1980 wurde die RENAMO nach Transvaal verlagert. Sie bekam jetzt eine neue Aufgabe: von Südafrika aus führte sie von nun an einen regelrechten Bürgerkrieg gegen die Regierung in Maputo. Sie erfreute sich dabei, was von Pretoria und seinen Gefolgsleuten natürlich bestritten wurde, u. a. in den Bereichen Logistik, Ausbildung und Ausrüstung der großzügigen Unterstützung durch Pretoria. Denn die in Mozambique Herrschenden waren um die Destabilisierung der Regierung in Pretoria bemüht. So nahmen viele der Sabotagemissionen des ANC nach Natal, KwaZulu und Transvaal ihren Ausgang in Mozambique. Im Gegenzug war Pretoria, mit viel größerem Erfolg, um die Destabilisierung<sup>15</sup> der ohnehin oft wenig effizienten und kompetenten, häufig obendrein korrupten Regierung in Maputo bemüht. Die Zahl der direkten Angriffe der SADF auf Mozambique hielt sich dabei in Grenzen. Aus Gründen, die auf der Hand liegen, gab man in Pretoria der Förderung der RENAMO den Vorzug. Und sie war in ihrem Kampf erfolgreich, obwohl ihr ein politisches Programm wohl bis auf den heutigen Tag fehlt. Denn in der nicht zuletzt von FRELIMO, aber bei weitem nicht nur von

14 Bereits Mitte der 70er Jahre war absehbar, daß die überstürzte Entlassung Mozambiques und Angolas in die Unabhängigkeit mehr Probleme aufwerfen als lösen würde. S. dazu „Das veränderte Kräftespiel im Süden Afrikas“ in „Außenpolitik“ 1975. Heft 1, S. 56–72 und „Das südliche Afrika nach Portugals Rückzug“ in „Außenpolitik“ 1976. Heft 1, S. 80–97. – Es verstand sich von selbst, daß Salisbury/Harare und Pretoria sich die großen Schwächen Mozambiques und Angolas zu Nutzen machen würden.

15 Simon Jenkins: „Destabilisation in Southern Africa/Potgieter counter-attacks“ in „The Economist“ (London) vom 16. Juli 1983, S. 15–28; Robert M. Price: „Pretoria's Southern African Strategy“, in „African Affairs“ (London) 1984. Januar, S. 11–32. Vgl. Deon Geldenhuys: „Some strategic Implications of Regional Economic Relationships for the Republic of South Africa“ in „ISSUP Strategic Review“ (Pretoria) Januar 1981, S. 14–30.

ihr, zu verantwortenden allgemeinen Misere bedarf es eines solchen Programms kaum. Allein die verheerende Wirtschaftslage genügte der RENAMO, um in den meisten Provinzen Mozambiques erfolgreich einen Guerillakrieg zu führen. Die unüberschaubar großen Kolonnen dem Hungertod naher Flüchtlinge<sup>16</sup> machten bei ihrer Ankunft im östlichen Simbabwe deutlich, was diese Menschen im revolutionären Mozambique zurückgelassen hatten.

Offenbar sahen sich die Sowjets und ihre Verbündeten, darunter vor allen anderen die DDR, außerstande, Mozambique in dieser durch Krieg, Bürgerkrieg, Dürre, Überflutungen, die im Westen längst vergessene Vertreibung nahezu aller Portugiesen im Jahre 1975, Schlamperei und sonstige Mißwirtschaft entstandenen ausweglosen Lage zur Seite zu stehen. Einmal mehr wurde das klar, als im Januar 1981 in Prag der Antrag Mozambiques auf Mitgliedschaft im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zurückgewiesen wurde.

Nur vor dem Hintergrund, daß das von ihr geführte Land inzwischen am Abgrund steht, ist zu verstehen, daß die Regierung in Maputo Anfang dieses Jahres bereit war, mit der Unterzeichnung des Vertrages von Nkomati sehr viele ihrer revolutionären Ziele aufzugeben. „West Africa“ (vom 27. Februar 1984) sprach gelegentlich der südafrikanisch-mozambiquanischen Verhandlungen von „*Supping with the devil*“; „jeune Afrique“ (vom 28. März 1984) sah in diesem Vertrag „*un pacte avec le diable*“. Viel mehr als jedwede wirtschaftliche Kooperation steht die sicherheitspolitische Komponente im Vordergrund des Vertrages. Maputo verspricht, den ANC, Pretoria die RENAMO nicht mehr zu unterstützen. Darüber hinaus sagt jede der beiden Regierungen zu, das jeweils andere Land auch direkt nicht mehr anzugreifen. So wird die Zahl der vom ANC verübten bewaffneten Anschläge zurückgehen. Ein anderes gilt nur dann, wenn es dem ANC gelingt, seine bisherige Gefährlichkeit dadurch beizubehalten, daß er eine neue, vom mozambiquanischen Rückhalt unabhängige Strategie entwickelt. Maputo wird den Vertrag, soweit es Mozambique überhaupt noch kontrolliert, einhalten. Pretoria wird die versprochene Vertragstreue leicht fallen. Denn inzwischen versteht sich RENAMO darauf, in jeder Beziehung selbständig zu operieren. Anders als der ANC kämpft RENAMO gegen eine schwache Regierung.

Derzeit hat es den Anschein, als weigerten sich Botswana und Lesotho ihren vollen Beitrag zu der „*Pax Pretoriana*“ zu leisten. Denn bislang haben sich die Regierungen dieser beiden schwachen Staaten geweigert, mit Pretoria einen Vertrag à la Nkomati abzuschließen. Das verringert den Triumph Pretorias nur unwesentlich. Eine andere Frage ist, ob es Pretoria gelingt, über die jetzt intensivierten wirtschaftspolitischen Kontakte hinaus auch politische Beziehungen zu Maputo anzuknüpfen. Der Austausch von Botschaften oder zumindest von Konsulaten ist gewiß ein weiteres Ziel Südafrikas. Selbst wenn man mit dem ANC soweit geht, anzunehmen, daß Mozambique im Verhältnis zu Pretoria inzwischen eine Stellung hat, die der der „unabhängigen“ Reservate recht ähnlich

16 S. „Hunger drives Mozambicans across Eastern border“, in „Moto“ (Harare) 1984. 2, S. 5–7.

ist, so würde doch die Anknüpfung von offiziellen Kontakten zwischen Maputo und jenen „unabhängigen“ Reservaten sehr überraschen. Aber Pretoria wird bemüht sein, längerfristig auch solche Beziehungen herzustellen.

## VI. Simbabwe zwischen Versöhnung und Zerstörung

Bei Entlassung Simbawwes in die Unabhängigkeit vor viereinhalb Jahren gab es viele Stimmen, die angesichts der Politik der Versöhnung des neu gewählten Regierungschefs Robert G. Mugabe eine gute Chance sahen, daß hier im südlichen Afrika ein nichtrassistischer Staat von westlich-demokratischer Ausrichtung entstehen würde. Sehr verbreitet war die Auffassung, daß das neue Simbabwe für ein unabhängiges SWA/Namibia wie auch für ein neues Südafrika Modellcharakter habe – eine These, die in der „Außenpolitik“ bereits damals<sup>17</sup> als schlicht falsch abgetan wurde.

Mit guten Gründen sind diese Stimmen inzwischen fast alle verstummt. Denn mit Konsolidierung seiner eigenen Stellung wie auch der seiner ZANU/PF-Partei in Simbabwe hat der Ministerpräsident seine Rolle als eines vorsichtig handelnden, sorgfältig abwägenden Staatsmannes zunehmend mit der des siegreichen Revolutionärs vertauscht. Was immer ihn dazu bewogen haben mag, ob persönliche Überzeugung, ob Rücksichtnahme auf die starken militanten Kräfte in seiner eigenen Partei, ob die Rolle seines intriganten und machtgerigen Rivalen Joshua Nkomo, ob Enttäuschung über das Ausbleiben westlicher Hilfe für Simbabwe oder die lange Zeit nicht überzeugende westliche Politik gegenüber Südafrika (inkl. SWA/Namibia), Simbabwe hat unter Führung Mugabes sein Gesicht seit etwa Anfang 1983 verändert.

Sichtbarstes Zeichen der Veränderungen ist der Einsatz der „Fünften Brigade“ der simbabweischen nationalen Streitkräfte gegen die Ndebele-Bevölkerung des Landes. Diese von nordkoreanischen Instruktoren ausgebildete Einheit, die sich ausschließlich aus shonasprachigen Stämmen, also Parteigängern Mugabes, rekrutiert, ist 1983 und 1984 bei ihren Einsätzen im Matabeleland durch die übergroße Brutalität und Rücksichtslosigkeit ihres Vorgehens aufgefallen. Wahrscheinlich sind ihr nicht nur tausende von Zivilisten zum Opfer gefallen. Schon 1982 war das Zerwürfnis zwischen Nkomo und Mugabe wieder deutlich sichtbar geworden. Es ist viel eher tribalistischer als politisch-ideologischer Natur; bekanntlich hatten Streitigkeiten zwischen Nkomo und Mugabe sogar während des Krieges gegen die Regierung von Ian Smith (1972–1979) zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen den Guerillaarmeen der beiden Nationalistenführer geführt.

Schon zur Zeit des Machtwechsels in Salisbury/Harare wechselten nicht wenige bewaffnete Angehörige beider Guerillaarmeen zum Banditentum über. Die von ihnen unternommenen Raubzüge überschritten jedoch nie ein bestimmtes Maß. Auch die Zahl der von ihnen begangenen Morde hielt sich in Grenzen. Die Regierung Mugabe hatte das Land sehr weitgehend unter Kontrolle, und Mugabe verfolgte eine kluge Politik. Allerdings war er dann verstärkt bemüht, Simbabwe zu einem Einparteienstaat umzustrukturieren. Solche Bemühungen waren verfas-

<sup>17</sup> „Zimbabwe – eine Chance mit Robert Mugabe“, in „Außenpolitik“ 1980. Heft 2, S. 167–179. S. weiter die in 1 genannten Beiträge.

sungswidrig. Nkomo widersprach ihnen jedoch nicht dessetwegen, sondern aus der Sorge, so endgültig politisch entmachtet zu werden. Die sicherheitspolitische Lage in Simbabwe änderte sich dann schlagartig, als infolge der Verfolgung und sonstigen Diskriminierung von Parteigängern Nkomos durch die Regierung in Harare etliche tausend von ihnen aus den 1980 geschaffenen nationalen Streitkräften desertierten. Waffen stehen ihnen auch aus der Zeit des Bürgerkrieges noch im Überfluß zur Verfügung. Es heißt, daß etliche der Deserteure die sogenannten Super-ZAPUs, wie auch Hilfstruppen („*auxiliaries*“) des heute inhaftierten früheren Ministerpräsidenten Abel Muzorewa, später in Südafrika eine zusätzliche Ausbildung erhalten hätten. Bewiesen wurden solche Behauptungen bislang nicht! Wer berücksichtigt, daß die Guerilleros Nkomos besser ausgebildet waren als die Kämpfer Mugabes, wer ferner in Rechnung stellt, daß diese desertierten Guerilleros Nkomos inzwischen wieder in die Stellungen eingerückt sind, in denen sie schon im Krieg gegen die Regierung Smith (1972–1979) nicht hatten ausgeschaltet werden können, der kann ermessen, welcher Gegner der Regierung Mugabe hier gegenübersteht. Sie suchte 1983/84 ihrem Gegner dadurch beizukommen, daß sie, wie erwähnt, viele tausend Menschen in Matabeleland durch die Fünfte Brigade ermorden ließ<sup>18</sup>. So sollte das Wasser, in dem der Fisch schwimmt, abgelassen werden. Wie schon zur Zeit des Ian Smith, so protestierte auch jetzt vor allem die katholische Kirche Simbabwes gegen von den Streitkräften begangene Verbrechen. Im Westen erhielten die Proteste jedoch nur noch geringe Publizität.

Nicht anders als vor ihm Ian Smith, so sieht auch Robert G. Mugabe nur die militärische, nicht aber die politische Komponente des Bürgerkrieges<sup>19</sup>.

Dieser Bürgerkrieg, eine dreijährige Dürre und, neben etlichen anderen Faktoren, die allerdings bislang nur verbale Einführung des Marxismus-Leninismus als offizielle Staatsideologie sowie die fortgeführten Bestrebungen zur Einführung eines Einparteiensystems<sup>20</sup>, alles das hat die Euphorie der ersten ca. 18 Monate simbabwischer Unabhängigkeit vergehen lassen. Verbreitet ist die Sorge, daß Simbabwe den Weg seiner darniederliegenden Nachbarstaaten (darunter vor allem auch Sambia) gehen könnte. Gefühle der Unsicherheit sind sehr weit verbreitet. So ist zu erklären, daß inzwischen etwa 50 v. H. der weißen Simbabwer, die Mitte April 1980 noch im Lande waren, Simbabwe inzwischen verlassen haben. Diese etwa 100 000 weißen Afrikaner gingen in der Regel nach Südafrika, wo sehr viele von ihnen, weit über die eigene Zahl hinaus, die Reihen der weißen Extremisten (KP, HNP und rechtsextremistische Splittergruppen) verstärken. Es wiederholt sich hier also das Geschehen in Kenia aus den Jahren 1963/64; von Kenias ursprünglicher weißer Bevölkerung leben heute noch etwa 20 v. H. in der ostafrikanischen Republik. Der Rest gelangte auch aus Kenia überwiegend nach Südafrika. Die Regierung Mugabe hat bislang noch nicht einmal die Henker des *ancien régime*s gezwungen, Simbabwe zu verlassen. Die Menschen wandern aus

18 S. etwa Jacques de Barrin: „Banditisme, Dissidence, Répression/La féroce guerre des ombres au Matabeleland“, in „Le Monde“ vom 4. Februar 1984, S. 6.

19 S. dazu das Interview mit R. G. Mugabe: „We want to see the party closely tied to government“, in „The Herald“ (Harare) vom 21. Mai 1984, S. 7.

20 Interview mit R. Mugabe, a.a.O.

freien Stücken ab, da sie für sich und ihre Kinder keine Chance mehr im Land ihrer Geburt sehen. Mit ihnen verläßt sehr viel für den Fortbestand der hochentwickelten Volkswirtschaft des Landes ganz unentbehrliche Expertise Simbabwe. Entsprechend alarmierend sind viele Meldungen über den Stand der Volkswirtschaft<sup>21</sup>.

Simbabwe hat in den ersten Jahren seiner Unabhängigkeit einen Weg genommen, der es den heute noch in Windhoek Herrschenden als eine wenig verlockende Option erscheinen läßt, wenn ihnen geraten wird, in SWA/Namibia den Weg Simbawwes zu gehen.

## VII. Versuch eines kurzen Ausblicks

Westliche und östliche Politik, von schwarzafrikanischer Politik ganz zu schweigen, war im vergangenen Jahrzehnt der wohldurchdachten Außen- und Sicherheitspolitik des kleinen Afrikaanervolkes nicht gewachsen. Es zeigte sich, daß Südafrika keinem „Syrien“ gegenüberstand; es war von daher erfolgreicher als der große Lehrmeister Israel. Und dennoch ist heute nicht recht vorstellbar, daß sich die *Pax Pretoriana* hin zu einem wirklichen Frieden entwickeln wird. Denn Pretoria ist zwar jederzeit bereit, mit Samora Machel und anderen revolutionären oder moderaten schwarzafrikanischen Ausländern über gemeinsam interessierende Fragen zu sprechen und zu verhandeln. Es ist bislang jedoch unfähig zum Dialog mit dem seit 20 Jahren inhaftierten ANC-Führer Nelson Mandela und anderen legitimen Sprechern des schwarzen Südafrikas.

1974/75 scheiterte die Entspannungspolitik Balthazar J. Vorsters trotz vielversprechender Ansätze. Sie krankte daran, daß, um es in den Worten des Christlichen Instituts und seines inzwischen gebannten Gründers, des großen Afrikaaners Christian Frederik Beyers Naudé, zu sagen, Pretoria nach außen eine Politik der „*détente*“, nach innen aber eine solche der „*detention*“ verfolgte<sup>22</sup>. Die heutigen schwarzafrikanischen Partner Pretorias sind zu schwach, als daß sie sich, wie Mitte der 70er Jahre die Elfenbeinküste und der Senegal, von einem zum inneren Wandel weder bereiten noch fähigen Südafrika wieder abwenden könnten. Aber Pretoria, das noch dazu in einer tiefen Wirtschaftskrise steckt, hat weder im Ökonomischen noch im Militärischen das Potential, auf Dauer eine Subregion zu unterjochen. Vielleicht wird ein nach den amerikanischen Wahlen im Amt bestätigter Chester Crocker in der Lage sein, Pretoria vor den fatalen Folgen des heute überall zur Schau getragenen übergroßen Selbstbewußtseins zu warnen. Das wird schwierig sein! Pretoria zieht nämlich keine Konsequenzen daraus, daß an den Wahlen zu den neuen Black Local Authorities im Dezember 1983 nur 11 v. H. der (schwarzen) Wahlberechtigten und im August 1984 an den Wahlen zu den neuen Kammern der Coloureds und Inder nur 18 v. H. bzw. 16 v. H. der Stimmberechtigten teilnahmen. Auch werden die neuen Aufstände in den schwarzen Vorstädten um Johannesburg kaum dazu führen, daß man sich in Pretoria wirklich neue Gedanken macht. Das weiße Südafrika ist 1984 so starr und unbeweglich wie eh und je!

21 In Simbabwe berichtet darüber nur noch die in Harare erscheinende „Financial Gazette“ regelmäßig.

22 Dazu detailliert Klaus Frhr. von der Ropp: „Südafrika zwischen friedlichem Ausgleich und Gewalt“, S. 296–313 (306–309) in „Die Internationale Politik 1975/76“, Jahrbuch der DGAP, Bonn, 1981.